

INLAND

Krisentreffen zur Windkraft

BERLIN (dpa). Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat angesichts des starken Rückgangs beim Ausbau der Windkraft ein Krisentreffen angekündigt. Altmaier sagte am Mittwoch in Berlin, er werde sich nach der Sommerpause mit Vertretern der Windenergiebranche, der Länder und der Bürgerinitiativen zusammensetzen, um die Lage zu besprechen. Es gehe daneben darum, die Akzeptanz für den Bau von Windkraftanlagen zu erhöhen. Im ersten Halbjahr war der Bruttozubaubau bei der Windkraft an Land im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 82 Prozent eingebrochen.

Niederlage für Jan Böhmermann

KARLSRUHE (epd). Der Satiriker Jan Böhmermann ist mit seiner Beschwerde wegen des Teilverbots seines Schmähdgedichts gegen den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan gescheitert. Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe hat in einem am Mittwoch veröffentlichten Beschluss vom Vortag die Nichtzulassungsbeschwerden Böhmermanns gegen ein entsprechendes Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Hamburg ohne nähere Begründung abgewiesen (AZ: VI ZR 231/18). Böhmermann hatte unter dem Titel „Schmähdikt“ in seiner ZDF-Sendung „Neo Magazin Royale“ teils wüste Beschimpfungen gegen Erdogan vorgetragen.

Durchsuchung bei „Reichsbürgern“

DRESDEN (dpa). Die Polizei hat die Wohnungen von mutmaßlichen „Reichsbürgern“ in Sachsen durchsucht und dabei auch ein falsches „Verkehrsamt“ in Dresden ausgehoben. Den 48 und 66 Jahre alten Beschuldigten sollen über das „Verkehrsamt“ unter anderem Fantasieführerscheine, Kennzeichen und falsche Zulassungsbescheinigungen ausgegeben haben. „Reichsbürger“ erkennen den Staat und die deutschen Gesetze nicht an.

AUSLAND

Dutzende Migranten in Ägäis gerettet

ATHEN (dpa). Der Flüchtlingsstrom von der Türkei nach Griechenland dauert an. Allein am Mittwochvormittag seien 118 Menschen von Patrouillenbooten der griechischen Küstenwache und der Europäischen Grenzschutzagentur (Frontex) entdeckt worden, teilte die griechische Küstenwache mit. Sie versuchten, mit motorisierten Schlauch- und Holzbooten illegal von der Türkei aus nach Griechenland überzusetzen und wurden vor den Inseln Lesbos, Samos und Kos aufgegriffen.

ZENTRALREDAKTION

Sekretariat Mainz:
Telefon: 06131-48 58 75
Fax: 06131-48 58 68
E-Mail: politik@vrm.de

Sekretariat Wetzlar:
Telefon: 06 441 - 95 95 95
Fax: 06 441 - 95 92 92
E-Mail: redaktion-wnz@vrm.de

Sekretariat Wiesbaden:
Telefon: 0611-355-53 37
Fax: 0611-355-33 77
E-Mail: hessen@vrm.de

Sekretariat Darmstadt:
Telefon: 06151-387-27 27
Fax: 06151-387-27 30

Blattmacher:
Andreas Härtel, Michael Klein, Ute Siegfried-Henkel, Sigrid Babst, Wolfgang Blum, Ken Chowanetz, Florian Glezewski, Jorg Hamm, Klaus Thomas Heck, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Thorsten Lutz, Katrin Oltmanns, Julian Peters, Birgit Schenk, Isabell Steinbach, Rüdiger Vogel.



Ein Rettungsschiff der Organisation „Sea-Eye“ nähert sich Anfang Juli einem Flüchtlingsboot. Der Mainzer Arzt Gerhard Trabert – kleines Foto – ist seit zehn Tagen mit einem Schiff der Rettungsorganisation „ResQship“ im Mittelmeer unterwegs.
Foto: Fabian Heinz/Sea-Eye/dpa, kleines Foto: hzb/Jörg Henkel

„Man lässt Menschen einfach sterben“

Der Arzt Gerhard Trabert will vor der libyschen Küste Flüchtlinge retten – und ist entsetzt über die Politik der EU

Von Reinhard Breidenbach

MAINZ/WIESBADEN/DARMSTADT. Mehr als zehntausend Tote sind zu beklagen. Aber das Beklagen scheint leiser zu werden. Mehr als zehntausend Flüchtlinge, die übers Mittelmeer nach Europa fliehen wollten, sind seit 2014 gestorben, ertrunken zumeist. So steht es in Berichten des UN-Flüchtlingswerks UNHCR. Aber es scheint, als wollten viele Bürger in Europa das nicht mehr hören.

Der Mainzer Arzt Prof. Gerhard Trabert ist seit gut zehn Tagen im Mittelmeer vor der libyschen Küste auf einem Schiff der Seenotrettungsorganisation „ResQship“ unterwegs. Mission: Flüchtlinge aus Seenot retten. Bislang, Stand Mittwochmorgen, gab es keinen akuten Bergungseinsatz. Es gab einen Notfall, aber er war zu weit weg. Voller Entsetzen schildert Trabert im Telefonat mit dieser Zeitung, wie er ein Unglück, bei dem am vergangenen Wochenende vermutlich 150 Bootsflüchtlinge ertrunken sind, empfunden hat. „Wir hatten am Morgen Informationen, dass da ein Boot unterwegs ist, und wir

ITALIEN LÄSST BOOTSFLÜCHTLINGE AN LAND

► Nach Tagen des Ausharrens gibt es für die über 100 Bootsflüchtlinge auf der italienischen „Gregoretti“ Gewissheit: Fünf EU-Staaten sicherten am Mittwoch zu, sie aufzunehmen. Daraufhin erlaubte Italiens Innenminister Matteo Salvini den Flüchtlingen, an Land zu gehen. Laut Salvini erklärten sich Deutschland, Portugal, Frankreich, Luxemburg, Irland und Einrichtungen der katholi-

schen Kirche in Italien bereit, die Flüchtlinge der „Gregoretti“ aufzunehmen.

► Das Schiff hatte über 130 Menschen in der Nacht zum Freitag vergangener Woche an Bord genommen. Trotzdem die „Gregoretti“ ein Schiff der italienischen Küstenwache ist, hatte Salvini ihr verboten in einen italienischen Hafen einzulaufen.

sind dann in die Richtung gefahren. Am Abend haben wir dann aber erfahren, dass die libysche Küstenwache über 150 Tote und 150 Überlebende berichtete.“

Von „Wut, Melancholie und Traurigkeit“ spricht Trabert, aber damit müsse man klarkommen, vieles auch verdrängen, um effizient handeln zu können. Trabert hat schon viel gesehen, als Mensch und Arzt setzt er sich von jeher für diejenigen ein, die sonst eher wenig Hilfe bekommen, Obdachlose, Hilflöse, Ausgestoßene der Gesellschaft. Trabert ist Gründer und Vorsitzender des Vereins „Armut und Gesundheit in Deutsch-

land“. Auch an Rettungseinsätzen im Mittelmeer war er schon beteiligt, zum ersten Mal 2015 mit der „Sea-Watch 1“, 2016 mit der „Sea-Watch 2“.

Trabert, der an der Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden Sozialmedizin und Sozialpsychiatrie lehrt, spricht von jeher öffentlich und laut über Dinge, die er als schändlich empfindet, und er kann da sehr deutlich werden. Es sei „unglaublich, was die EU da macht. Die Politiker reden und reden und reden, aber nichts wird besser.“ Es sei unfassbar, unendlich „man lässt Menschen ertrinken, man lässt Menschen sehenden

Auges sterben.“ Er könne eine solche Situation überhaupt nicht verstehen.

Die EU, so Trabert, müsse schnellstens ein Rettungskonzept vorlegen. Bootsflüchtlinge dürften auch nicht in eine Bürgerkriegsregion zurückgebracht werden. „Wir kennen die Berichte, dass 400000 Menschen in libyschen Lagern und Gefängnissen sind und viele dort sterben.“

Seit etwa einer Woche sei das Schiff, auf dem er sich mit knapp zehn Personen Besatzung befinde, allein auf weiter Flur. Nur ein Kriegsschiff sei mal zu sehen gewesen. „Wir haben uns entschieden, den Namen unseres Schiffes nicht zu nennen, auch unseren Zielhafen nicht, weil wir anderenfalls Angst haben müssten, festgehalten zu werden.“ Ausdrücklich lobt Trabert die deutsche „Sea-Watch“-Kapitänin Carola Racke, die kürzlich wegen einer Rettungsfahrt mit Flüchtlingen vorübergehend festgenommen und vom italienischen Innenminister Salvini beschimpft worden war. Es könne doch wohl nicht sein, beklagt Trabert, „dass das Retten von Menschen



Maas gibt USA einen Korb

WARSAU (dpa). Bundesaußenminister Heiko Maas hat einer deutschen Beteiligung an einer von den USA geführten Militärmission in der Straße von Hormus eine klare Absage erteilt. „An der von den USA vorgestellten und geplanten Seemission wird sich die Bundesregierung nicht beteiligen“, sagte Maas am Mittwoch in Warschau. „Wir befinden uns da in enger Abstimmung mit unseren französischen Partnern.“ Maas begründete die deutsche Absage damit, dass die Bundesregierung die US-Strategie des „maximalen Drucks“ auf den Iran für falsch halte. Deutschland wolle keine militärische Eskalation und setze weiterhin auf Diplomatie.

Washington will Straße von Hormus militärisch schützen

Die USA haben Deutschland und andere Nato-Verbündete darum gebeten sich an ihrer „Operation Sentinel“ zum Schutz der Handelsschiffe in der Straße von Hormus vor möglichen iranischen Angriffen zu beteiligen. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hatte am Mittwoch kurz vor der Maas-Außerung noch gesagt, eine Entscheidung sei noch nicht gefallen. Zugleich machte die CDU-Vorsitzende den USA wenig Hoffnungen darauf, dass es zu einer positiven Antwort kommen könnte. Sie verwies unter anderem darauf, dass Deutschland und die Europäer im Gegensatz zu den USA am Erhalt des internationalen Atomabkommens mit dem Iran interessiert sind. Deutschland setze alles daran, dass es zu einer diplomatischen und friedlichen Lösung mit dem Iran komme und dass der Vertrag zur Verhinderung einer iranischen Atombombe eingehalten werde.

Nahles: Rückzug im Herbst

MAINZ/BERLIN (lac). Die frühere SPD-Vorsitzende Andrea Nahles will ihre Ankündigung wahr machen und sich im Herbst aus dem Bundestag zurückziehen. Eine Sprecherin des Berliner Büros der Abgeordneten sagte unserer Zeitung: „Frau Nahles wird ihr Mandat im Herbst niederlegen.“ Das genaue Datum werde sie noch mitteilen. Nahles war infolge des schlechten Abschneidens der SPD bei der Europawahl Anfang Juni als SPD-Chefin zurückgetreten. Die Nachfolge der Rheinland-Pfälzerin im Bundestag ist in der Landes-SPD durchaus ein Politikum: Nachrücker wäre der Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium, Joe Weingarten. Er hatte immer wieder durch Querschüsse für Furore gesorgt.



Die ehemalige SPD-Chefin Andrea Nahles will auch ihr Bundestagsmandat niederlegen.
Foto: dpa

Scholz will E-Autos anschieben

Bundeskabinett bringt milliardenschweres Paket für mehr Elektromobilität auf den Weg / Steuerliche Förderung von Job-Tickets

Von Andreas Hoenig

BERLIN. Fahrer von Elektroautos können mit einer längeren steuerlichen Förderung rechnen. Die Bundesregierung brachte am Mittwoch ein milliardenschweres Steuerpaket auf den Weg. Ziel ist es, die immer noch schwache Nachfrage nach Elektroautos anzukurbeln. Konkret geht es um eine Verlängerung eines Steuerprivilegs für Elektro-Dienstwagen sowie um Sonderabschreibungen für Elektro-Lieferfahrzeuge. Außerdem sind steuerliche Verbesserungen bei Job-Tickets geplant.

„Wir müssen das Klima schützen“, sagte Finanzminister Olaf Scholz (SPD) am Mittwoch in einem Video auf Twitter. „Das geht nur, wenn unsere Fahrzeuge weniger CO₂ ausstoßen.“

Das Ministerium rechnet dem Vernehmen nach über die nächsten zehn Jahre wegen der steuerlichen Förderungen der E-Mobilität mit Steuermindereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden in Milliardenhöhe. Zwar sind die Neuzulassungen von E-Autos



Der Stecker einer Ladesäule für E-Autos: Noch fahren auf Deutschlands Straßen viel zu wenige Elektroautos. Das Bundeskabinett will das ändern.
Foto: dpa

zuletzt gestiegen, sie bewegen sich aber immer noch auf einem niedrigen Niveau. Hauptthemen sind der vergleichsweise hohe Preis, eine bisher nicht flächendeckende Lade-Infrastruktur und eine geringere Reichweite. Massiv mehr E-Autos in den kommenden Jahren sind aber immens wichtig, damit Auto-

bauer strengere Grenzwerte beim Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase (CO₂) bis 2030 erreichen können. Die Autoindustrie steht derzeit in einem grundlegenden Umbruch. Außerdem geht es darum, deutsche Klimaziele zu erreichen.

Auch über den Hebel Dienstwagen soll nun der Absatz von E-

Autos gesteigert werden. Seit Anfang 2019 gibt es für Arbeitnehmer, die ihr E-Auto als Firmenwagen privat nutzen, eine Sonderregelung. Statt monatlich ein Prozent des Listenpreises als geldwerten Vorteil zu versteuern, gilt für Elektro- und Hybridfahrzeuge nur noch ein halbiertes Satz von 0,5 Prozent. Diese Regelung aber läuft Ende 2021 aus. Die Dienstwagen-Sonderregel soll nun bis zum Jahr 2030 verlängert werden. Die steuerliche Förderung zeigt bereits Wirkung, wenn auch auf einem überschaubaren Niveau: Die Neuzulassungen von Dienstwagen mit Elektroantrieb stiegen nach Angaben des Verbands der Automobilindustrie (VDA) im ersten Halbjahr um 58 Prozent auf rund 16900 Pkw. Beliebte als Dienstwagen sind trotz des Abgas-Skandals weiterhin vor allem Dieselfahrzeuge.

Das Finanzministerium plant daneben weitere Maßnahmen. Für die Anschaffung neuer, rein elektrisch betriebener Lieferfahrzeuge soll es von 2020 bis 2030 eine Sonderabschreibung geben. Diese soll einmalig 50 Prozent

der Anschaffungskosten betragen und damit die reguläre Abschreibungsmöglichkeit ergänzen. Ebenfalls verlängert werden sollen Steuervorteile von Diensträdern. Die kostenfreie Überlassung eines Dienstfahrrades auch für private Zwecke ist für den Beschäftigten seit 2019 steuerfrei. Dies ist bisher bis Ende 2021 befristet und soll bis Ende 2030 verlängert werden. Damit Arbeitnehmer verstärkt öffentliche Verkehrsmittel nutzen, soll es zudem steuerliche Verbesserungen beim Job-Ticket geben. Geplant ist eine neue Pauschalbesteuerung ohne Anrechnung auf die Entfernungspauschale.

Kritik an den Steuerplänen der Regierung zur E-Mobilität kam vom Umweltverband BUND. Verkehrsexperte Jens Hilgenberg sagte, die Bundesregierung unterstütze weiter Fehlentwicklungen der Autobranche. So werde auch weiterhin mit Steuergeld der Kauf großer, schwerer Plug-in-SUV gefördert. Stattdessen müsse vor allem die Entwicklung leichter und sparsamer E-Autos gefördert werden.